



Bad Schwalbach, den 29.08.2018

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	14/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 28. August 2018
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	20:07 Uhr
Ort	Bürgerhaus Taunusstein

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Günter Heckel	
Herr Alexander Hennrich	
Herr Christian Herfurth	
Herr Staatssekretär Werner Koch	
Herr Jan Kraus	
Frau Andrea Kremer	
Herr Volker Mosler	
Frau Petra Müller-Klepper Mdl	
Herr Roland Piper	
Herr Joachim Reimann	
Frau Dr. Alexia Schadow	
Herr Udo Scheliga	

Herr André Stolz	
Herr Paul Weimann	
Herr Thomas Zarda	
Herr Sandro Zehner	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Frau Helga Becker	
Herr Sebastian Busch	
Herr Maximilian Faust	
Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Georg A. Mahr	
Frau Wendy Penk	
Frau Tanja Pfenning	
Herr Martin Rabanus MdB	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Carsten Sinß	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Marius Weiß MdL	
Herr Thomas Wieczorek	

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Matthias Finck	
Herr Viktor Flor	
Herr Klaus Gagel	
Herr Christian Kessner	
Herr Karl Mayer	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	

Frau Ingrid Reichbauer	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Klaus Stolpp	

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Herr Alexander Müller	
Herr Stefan Müller	

FWG Fraktion

Herr Michael Barth	
Herr Karl-Wilhelm Höhn	
Frau Inga Rossow	

Fraktion Die LINKE

Frau Petra Heimer	
Herr Benno Pörtner	

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein	
----------------------	--

Kreisausschuss

Herr Alexander Cornelius	
Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Herbert Koch	
Frau Monika Merkert	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Frau Sabine Muth	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Karl Ottes	
Herr Hans-Joachim Pirschle	
Herr Günter Retzmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Rainer Scholl	

entschuldigt

Herr Hans-Josef Becker	
------------------------	--

Herr Alexander Bernstorff	
Herr Matthias Hannes	
Herr Lothar Metternich	
Frau Dorothee Nabrotzky	
Herr Thomas Schnell	
Frau Roubina Wendel	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Frau Astrid Deicke-Schäfer	
Herr Franco Matera	
Frau Rebecca Sämann	
Herr Dr. Christoph Zehler	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Kilian an der Spitze, die Presse, die Gäste der Sitzung und die Verwaltung.

KTV Willsch dankt Bürgermeister Zehner für die Ausrichtung der Sitzung und der Fa. Stegmüller für die Versorgung während der Sitzung.

KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2018 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift vom 08.05.2018 wird einstimmig genehmigt.

KTV Willsch macht auf den durch Ältestenrat vorbereiteten Terminplan für die Gremiensitzungen 2019 aufmerksam (**Anlage 1 der Niederschrift**). Der Terminplan 2019 wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen.

Zur Tagesordnung:

KTV Willsch ruft die Tagesordnung auf. KTV Willsch berichtet zunächst, dass TOP III. 20, Citybahn, gemäß den Beratungen im Ältestenrat in öffentlicher Sitzung beraten werden kann, unter der Voraussetzung, dass in der Beratung die Vertragsinhalte nicht zum Gegenstand werden. Die Vorlage wird als TOP III. 0 Neu in die Tagesordnung aufgenommen.

Die TOP II. 15, II. 22, III. 11 werden im Laufe der Sitzung vertagt. Für erledigt erklärt oder durch den Antragsteller zurückgezogen werden die TOP III. 5, III. 12, III. 13 und III. 19.

In die Tagesordnung II werden die TOP III. 2 und III. 3 überstellt. TOP III. 3 wird als TOP II. 1 a Neu in der Tagesordnung II einzeln abgestimmt. Weiterhin werden die TOP III. 14 und III. 15 in die Tagesordnung II überstellt und ebenfalls einzeln abgestimmt. Die TOP II. 7 und II. 21 werden gleichfalls in der Tagesordnung II einzeln abgestimmt.

Zu TOP III. 8 beantragt die Abg. Reichbauer (GRÜNE) zur Geschäftsordnung die Absetzung von der Tagesordnung. Abg. Stolz (CDU) spricht gegen den Antrag. KTV Willsch gibt hierzu einige Erläuterungen.

Der Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKE und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD, FWG, FDP und 1 FL
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Mahr (SPD) TOP II. 22 als TOP III. 20 Neu zu beraten wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und Enthaltungen aus der CDU-Fraktion mehrheitlich beschlossen. Der Tagesordnungspunkt wird am Ende der Sitzung vertagt.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion (**Anlage 2 der Niederschrift**) wird durch KTV Willsch aufgerufen. Für die Dringlichkeit spricht der Abg. Mahr (SPD), gegen die Dringlichkeit spricht der Abg. Stolz (CDU). Bei NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, GRÜNEN und AFD wird die Dringlichkeit abgelehnt. Der Antrag wird Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung.

Über diese Änderungen der Tagesordnung wird Einvernehmen erzielt.

TOP I.	DS	Tagesordnung I
TOP I. 1.	DS	Fragestunde

Landrat Kilian beantwortet die 11 eingereichten Kleinen Anfragen der Kreistagsfraktionen. Die schriftlichen Antworten werden der Niederschrift als **Anlagen 3 bis 13** beigelegt.

Landrat Kilian verweist auf den durch ihn vorgelegten schriftlichen Bericht (**Anlage 14 der Niederschrift**).

TOP II..	DS	Tagesordnung II
TOP II. 1.	DS	Umsetzung der europäischen Richtlinie 2007/2/EG „INSPIRE“
	X/614	durch Einrichtung einer Geodaten-Infrastruktur (GDI) für den Rheingau-Taunus-Kreis und seiner Kommunen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP III. 1 a.	DS	Umsetzung der europäischen Richtlinie „INSPIRE“ durch
	X/675	Einrichtung einer Geodaten-Infrastruktur (GDI) für den
		Rheingau-Taunus-Kreis und seiner Kommunen.
		EU-RL 2007/2/EG vom 15.05.2007
		Geodatenzugangsgesetz (GeoZG) vom 10.02.2009
		Hessisches Vermessungs- und Geoinformationsgesetz (HVGG)
		vom 17.03.2010

Die Vorlage wird bei Enthaltungen aus der AFD-Fraktion einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

- Der Kreistag beschließt:
1. Die Kreisverwaltung wird ermächtigt im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit den Kreis-Kommunen die europäische Richtlinie „INSPIRE“ im Rheingau-Taunus-Kreis umzusetzen.
 2. Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis und den Kommunen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.
 3. Dem Beitritt des Rheingau-Taunus-Kreises zur Arbeitsgemeinschaft GDI-Süd Hessen wird zugestimmt.
 4. Die erforderlichen HH-Mittel (Aufwendungen und Erträge) werden ab dem HH-Jahr 2019 veranschlagt.

TOP II. 7.	DS X/652	Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmschutzgesetzes (FluglärmG)
-------------------	---------------------	--

Die Vorlage wird bei NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD, FDP und 1 FL mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 14.	DS X/703	Kostenschätzung für die Ausweitung der Schulsozialarbeit für alle 10. Klassen und für eine 3. Grundschule; hier: Antrag Nr. 28/18 der Fraktion die LINKE vom 31.07.2018
---------------------	---------------------	--

Der Antrag wird bei NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU und AFD, 1 Enthaltung des FL mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten mit der Einladung zur Kreistagssitzung am 30.10.18 eine Kostenschätzung vorzulegen, was an zusätzlichen Mitteln ab dem Schuljahr 2019/2020 in 2019 und den Folgejahren voraussichtlich benötigt wird, um die Schulsozialarbeit für alle 10. Klassen sowie für eine 3.Grundschule einzuführen.

TOP III. 15.	DS X/704	Krankenhausschließung in Bad Schwalbach sowie bisher nicht zur Verfügung stehende Intensivbetten in Idstein; hier Antrag Nr. 29/18 der Fraktion DIE LINKE vom 31.07.2018
---------------------	---------------------	---

Der Antrag wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, ob die durch die Schließung des Krankenhauses in Bad Schwalbach sowie die bisher nicht zur Verfügung stehenden Intensivbetten in Idstein benötigten zusätzlichen Rettungsmittel zur Einhaltung der 30 Minuten Frist seit dem 1.6.18 vorhanden sind und wenn ja, um welche es sich handelt. Sollten diese bisher nicht vorhanden sein, wird darum gebeten zu erläutern, wann sie zur Verfügung stehen werden.

Der Berichtsantrag wird in der durch die AfD geänderten Fassung (**Anlage 15 der Niederschrift**) bei NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Gab es im Kreishaus im Jahr 2017 und 2018 mutwillige Sachbeschädigungen durch Besucher?

2. Wenn 1. ja: Wurden die Personalien dieser Personen erfasst? Welche Staatsangehörigkeiten hatten sie?

3. Wenn 1. ja:

a) Zu welchen Zeiten wurde und an welchen Orten wurde die Taten jeweils begangen (Datum/Uhrzeit)?

b) Sind die Motive für die Übergriffe / Beschädigungen bekannt ? Besteht ein Zusammenhang mit der Tätigkeit der Verwaltung ?

c) Zu welcher Schadenshöhe kam es jeweils?

d) Bestanden Gefahren für dritte Personen, v.a. Mitarbeiter des Kreishauses ? Gab es Verletzte?

e) Wurde Strafanzeige erstattet? Wurden Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die Täter eröffnet?

f) Wurde Schadensersatz geltend gemacht ? Wer trägt die Schäden ?

4. Wenn 3 e) nein: Warum wurden keine Strafanzeigen erstattet? Warum wurden keine Ermittlungs- und Strafverfahren eröffnet ?

5. Wenn 1. ja:

a) Weshalb wurde über diese Vorgänge auf der Web-Seite des Rheingau-Taunus-Kreises keine

Pressemitteilung veröffentlicht? (Gerade auf dem Hintergrund, dass über das Fehlverhalten illegaler Müllentsorgung eine entsprechende Mitteilung, <https://www.rheingautaunus.de/pressemitteilungen/detail/illegale-muellentsorgung-auf-dem-gelaende-zweierasylunterkuenfte.html>, veröffentlicht wurde)

b) Inwiefern sieht die Verwaltung in der Nicht-Veröffentlichung des Einen und der Veröffentlichung des Anderen eine Verhältnismäßigkeit?

6. Fragen zur Sicherheit:

6a) Wurden Mitarbeiter bedroht?

6b) Wie stellt der Kreis die Sicherheit von Mitarbeitern sicher?

Die in der Tagesordnung II verbliebenen Tagesordnungspunkte werden sodann einstimmig beschlossen.

TOP II. 2.	DS X/619	Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)
-------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen vom 22.01.2013 des HMdUS festgestellt. Daher wird auch für 2017 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP II. 3.	DS X/629	Trägerbericht für 2017 Nassauische Sparkasse ("NASPA")
-------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 4.	DS X/634	Rettungsmittelerhöhung im Rettungsdienstbereich Rheingau-Taunus-Kreis
-------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Rettungsmittelvorhaltung im Bereichsplan des Rheingau-Taunus-Kreises wird entsprechend Anlage 1 (Auszug aus dem Bereichsplan) angepasst.
2. Auf dem Gebiet der Gemeinde Hohenstein wird ein Rettungswachenversorgungsbereich eingerichtet.

TOP II. 5.	DS X/638	Anderung der Beteiligungsrichtlinie des RTK zum 01.06.2018
-------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 6.	DS X/647	Jahresberichte 2017 der Patientenfürsprecher
-------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 8.	DS X/659	Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007
-------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 9.	DS X/667	4. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Regelung der Abfallwirtschaft im Kreisteil Untertaunus
-------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die 4. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Regelung der Abfallwirtschaft im Kreisteil Untertaunus.

TOP II. 10.	DS X/706	Halbjahresbericht 30.06.2018
--------------------	---------------------	-------------------------------------

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der beigefügte Halbjahresbericht zum 30.06.2018 wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 11.	DS X/636	Berichts Antrag Nr. 07/18 Antrag der AfD-Fraktion zu II./Kreistagssitzung 06.03.2018 Berichts Antrag Rückführung
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 12.	DS X/651	Modellregion Ökolandbau, Berichts Antrag Nr. 10/18 der GRÜNEN-Fraktion vom 07.04.2018; hier: Stellungnahme der Verwaltung
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 13.	DS X/664	Berichts Antrag Nr. 11/18 Anfrage der SPD vom 11.04.2018 Mobilität im Rheingau-Taunus-Kreis hier: Stellungnahme der Verwaltung
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 14.	DS X/674	Stellungnahme zum Berichts Antrag 8/18 der AfD-KT-Fraktion vom 9.2.2018 betr. "Nutzung Kreishaus"
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 16.	DS X/684	Prüfung zusätzlicher Wagons in den Zügen der Linie 10 der VIAS zu Stoßzeiten Antrag 25/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier Stellungnahme der RTV
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 17.	DS X/707	Verbesserung des Busverkehrs im Rheingau-Taunus-Kreis, Antrag Nr. 11/18 der GRÜNEN-Fraktion, Beschluss des Kreistages am 08.05.2018; hier: Stellungnahme der RTV
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 18.	DS X/665	Nitrat- und Düngerbelastung unserer Gewässer; hier: Berichts Antrag Nr. 14/18 der GRÜNEN-Fraktion vom 02.07.2018, eingegangen am 04.07.2018
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Es wird um Bericht zur Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch ist die Nitrat- und Düngerbelastung (Stickstoff und Phosphor) der Gewässer im Rheingau-Taunus-Kreis?
2. Wie hoch ist die Nitrat- und Düngerbelastung sowie die Belastung durch Medikamentenrückstände unserer Grundwässer und Trinkwässer?
3. Wo im RTK werden die Grenzwerte überschritten?
4. In welchem zeitlichen Abstand wird die Wasserqualität überprüft?
5. Welcher Anteil des Wasserpreises entfällt auf die Aufbereitungskosten, welche durch die in 2.) genannten Belastungen erforderlich sind?

TOP II. 19.	DS X/679	Situation der Pflege im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 15/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.07.2018
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis bietet im Pflegestützpunkt in Bad Schwalbach Beratung und Unterstützung für pflegende Angehörige. Wie wird das Angebot angenommen und hält der KA das Angebot für ausreichend?
2. Wie ist der Pflegestützpunkt des Kreises personell ausgestattet, wie ist die Erreichbarkeit?
3. Laut Auskunft des Bundesministeriums für Gesundheit gibt es Beratung in Bad Schwalbach, Taunusstein, Aarbergen, Walluf, Geisenheim und Eltville. Gibt es über diese Beratungsangebote hinaus in den übrigen Kommunen dezentrale Beratung für pflegende Angehörige?
4. Wie sind die dezentralen Beratungen vor Ort organisiert?
5. Kann zeitnah ein Überblick über die Beratungsstellen und deren Angebote zur vor Ort Verfügung gestellt werden?
6. In welchem Stundenumfang und mit wieviel Personal finden sie statt?
7. Wie ist die Erreichbarkeit?
8. Wird das gesamte Leistungsspektrum rund um Vorbereitung und Organisation der Pflege angeboten (Information, Antragsformulare, Pflegeberatung und -unterstützung, konkrete Hilfestellung im Einzelfall, Hilfe bei altersgerechtem Wohnungsumbau, Pflegekasse, Pflegeheim, ehrenamtliche Angebote vor Ort)?
9. Wie läuft die Koordination zwischen den Angehörigen, die einen Pflegefall zu Hause betreuen, und den Pflegestützpunkten ab?
10. Sind die Haushalte, in denen Menschen von Angehörigen gepflegt werden, statistisch und namentlich erfasst, sodass ihnen professionelle Hilfe angeboten werden kann?
11. Gibt es eine Vernetzung aller Angebote für Pflegebedürftige vor Ort sowie in der Region, die darüber hinaus hilft, Grenzen zwischen den Sozialleistungsträgern zu überwinden?
12. Wie ist die Situation der Pflegeplätze in Pflegeheimen? Haben die Beratungsstellen oder der Kreis Hinweise darauf, dass Pflegeplätze fehlen? Wenn ja, wie viele?
13. Welche Prognosen über die Zahlen von Pflegebedürftigen im Kreis gibt es?
14. Gibt es Ausbildungsmöglichkeiten zu den verschiedenen Pflegeberufen im Kreis?

TOP II. 20.	DS X/687	Römerkastell Zugmantel; hier: Berichtsantrag Nr. 16/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

- 1) Lässt sich mit absoluter Sicherheit feststellen, dass die bestehende Bepflanzung der gesamten Fläche des „Kastell Zugmantel“ mit dem hessischen Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler in Einklang steht?
- 2) Haben Baumwurzeln die Grundsubstanz und die Grundmauern bereits in leichtem, mittlerem oder erheblichem Maße beschädigt?
- 3) Lässt sich eine Verletzung des § 12 (1) des hessischen Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmäler mit absoluter Sicherheit ausschließen?
- 4) Ergäbe sich aus der möglichen Verletzung des §12(1) hess. Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler zwingend eine Abholzung des Areals?
- 5) Welche Schritte hat die zuständige Denkmalsschutzbehörde zum Schutz des Denkmals bisher unternommen oder unterlassen?
- 6) Der Management Plan 2010 der Deutsche Limeskommission forderte im Abschnitt (2.1-2.2.6) die Erhaltung der entsprechenden Denkmalsgrenzen.
 - a) Inwiefern sind diese Denkmalsgrenzen aktuell überhaupt noch erhalten?
 - b) Welcher Bereich des Denkmals ist überbaut?
 - c) Welcher Bereich des Denkmals ist überpflanzt?
 - d) Welcher Bereich ist zerstört?
- 7) Weshalb ist die Darstellung der Inhaltlichen Gültigkeit (Management Plan 2010 Deutsche Limeskommission) unter Punkt 3.1.1.-3.1.6 verletzt und steht im krassen Widerspruch zum Zustand des Kastells, welches aktuell mitten im dunklen Wald steht?
- 8)
 - a) Unter welchen rechtlichen Voraussetzungen des Denkmalschutzes konnte die Fa. „Waffel Löser“ eine Baugenehmigung zur Überbauung auf Denkmalsgelände („Vicus-Bereich“) erhalten?
 - b) Wer hat unter welchen Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen die Baugenehmigung(en) erteilt?
 - c) Wurden denkmalschutzrechtliche Belange des „Vicus-Bereich“ des Römerkastells ausreichend geprüft?
- 9)
 - a) Stören die Pfähle und Holzskulpturen, die rund um den Limesturm zur „Verschönerung“ angebracht wurden, die archäologische Fundlage im Boden zusätzlich?
 - b) Lässt sich mit diesem Umstand ein Verstoß gegen den § 16 1.3 und 1.4 des hessischen Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmäler mit absoluter Sicherheit ausschließen?
- 10) Gab es bzgl. der Umgestaltung mittels der „Verschönerungen“ rund um den Limesturm eine Genehmigung der Denkmalsschutzbehörde? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
- 11) Weshalb darf das Kulturdenkmal mit (kommunalen) Werbeanlagen versehen werden?
- 12) Gehen aus der Aktenlage Hinweise hervor, weshalb eine Genehmigung bzw. Erlaubnis am Limesturm erteilt wurde, die Holzskulpturen zu errichten, obwohl dies mit der Gesetzeslage,

"Eine Maßnahme an einer Gesamtanlage (§2 Abs. 2 Nr.1) ist zu genehmigen, wenn sie deren historisches Erscheinungsbild nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigt wird", offensichtlich nicht in Einklang steht.

Zur Klärung oben genannter Sachverhalte sollen die Stadtbauämter Idstein und Taunusstein, die zuständigen Archäologen sowie sonstige unabhängige sachkundige Personen hinzugezogen werden und den Prozess der Aufklärung dieser Fragen unterstützend begleiten.

TOP II. 23.	DS X/700	Digitale Ausstattung der Schulen; hier: Berichtsantrag Nr. 19/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2018
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird im Zusammenhang mit der digitalen Ausstattung der Schulen im Kreisgebiet um folgenden Bericht gebeten:

1. Welche der Schulen sind mit W-LAN ausgestattet?
2. Wie sind die Übertragungsraten für die bestehende Internetversorgung bei den Schulen?
- 3a. Wie sieht die Ausstattung der Schulen mit Computern bzw. Notebooks aus?
- 3b. Wie oft und zu welchen Lerninhalten/Prüfungen werden vorhandene Computer bzw. Notebooks eingesetzt?
4. An welchen Schulen werden eigene Geräte verwendet (Bring your own device)?
- 5a. Bei welchen Schulen gibt es derzeit Konzepte zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur?
- 5b. Gibt es ein kreisweites Konzept zur digitalen Schule und zur Vermittlung und Umsetzung von Medienkompetenz?
- 5c. Wie werden Lehrkräfte methodisch/konzeptionell im Bereich Digitalisierung/Medienkompetenz fort- und weitergebildet?
6. Welche Dienststellen der Kreisverwaltung sind an der Betreuung der digitalen Infrastrukturen der Schulen mit welchen Aufgaben beteiligt?
7. Welche Förderprogramme zum Ausbau der digitalen Infrastruktur gibt es derzeit seitens des Landes Hessen, des Bundes sowie von privaten Stiftungen?
8. Wie hoch sind die personellen Ressourcen für IT (Technik und Wartung) und wie viel davon wird von den Lehrkräften freiwillig (ohne finanziellen/zeitlichen Ausgleich) geleistet?

TOP II. 24.	DS X/702	Neuregelung Unterhaltsvorschuss; hier Berichtsantrag Nr. 20/18 der FWG-Fraktion vom 31.07.2017, eingegangen am 01.08.2018
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird um die Beantwortung nachfolgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Kinder hatten mit Stand 30.06.2017 einen Anspruch auf den Unterhaltsvorschuss durch den Rheingau-Taunus-Kreis gehabt?
2. Wie viele Kinder haben aktuell einen Anspruch auf den Unterhaltsvorschuss durch den Rheingau-Taunus-Kreis?
3. Wie hoch sind die aktuellen Kosten, die dem Rheingau-Taunus-Kreis dadurch entstehen und wie hoch ist die Kostensteigerung durch die Gesetzesreform in Euro und Prozent?
4. Welche Maßnahmen werden vom Rheingau-Taunus-Kreis ergriffen bzw. sind geplant, die gezahlten Vorschüsse zurückzufordern und die Erziehungsberechtigten in die Verantwortung zunehmen?

TOP II. 25.	DS X/708	Deponien; hier Gemeinsamer Berichtsantrag Nr. 21/18 der CDU und FDP-Fraktion vom 01.08.2018
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten gemeinsam mit dem EAW darzulegen, wie viele Deponiestandorte für Erdaushub im Rheingau-Taunus-Kreis sowie in der Rhein-Main-Region vorhanden sind, welche Kapazität die jeweilige Deponie aufweist, wie sich diese Kapazität einer jeweiligen Deponie sowie die gesamte Deponiekapazität in der Region im Vergleich zu einer aufgrund von Mengenaufkommen von Bau- und Abbruchabfällen benötigten Deponiekapazität in den letzten Jahren entwickelt hat, ob eine Kapazitätserhöhung der jeweilig genannten Deponien in den zurückliegenden Jahren stattgefunden hat, in welcher jeweiligen Phase (Errichtungsphase, Ablagerungsphase, Stilllegungsphase) sich die jeweilige Deponie befindet, welche Laufzeit für die jeweilige Deponie vorgesehen ist und welche Klassifizierung die jeweilige Deponie aufweist.
2. Weiterhin wird der Kreisausschuss gemeinsam mit dem EAW gebeten, das derzeitige und prognostizierte Mengenaufkommen von Bau- und Abbruchabfällen in der Region (Rheingau-Taunus-Kreis und Rhein-Main-Gebiet) darzustellen.

3. Wo wird unbelasteter Erdaushub aus dem RTK, der nicht unmittelbar auf dem Grundstück verwendet werden kann, derzeit entsorgt?

4. Dem Kreistag ist der Bericht vorzulegen.

TOP III. 2.	DS X/663	Initiierung einer interkommunalen Zusammenarbeit zur Wahrnehmung von Aufgaben des Auftrags- und Vergabewesens
--------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis beteiligt sich an einer interkommunalen Zusammenarbeit zur Wahrnehmung von Aufgaben des Auftrags- und Vergabewesens mit Wirkung vom 1.1.2019.
2. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage wird zugestimmt.
3. Die Kosten und Erlöse der interkommunalen Zusammenarbeit werden in einem eigenen Profitcenter 1270 veranschlagt bzw. dokumentiert.

TOP III. 4.	DS X/686	205. Vergleichende Prüfung / Liste der Beschlussempfehlungen
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – über die 205. Vergleichende Prüfung „Betätigung bei Verkehrsgesellschaften II“ (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Beschlussvorschläge der Verwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises (siehe Anlage 2) gemäß beigefügter Liste zum og. Schlussbericht werden beschlossen.

Landrat Kilian erläutert die Vorlage und bittet nochmals darum, in öffentlicher Sitzung das vereinbarte Verfahren zu beachten.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA, Müller, St. (FDP), KB Döring bei einer Zwischenfrage des Abg. Müller, St. (FDP), Lieber (GRÜNE), Güttler (SPD), Rossow (FWG), Kessner (AFD), Klein (FL), Pörtner (LINKE), Gagel (AFD) und Reineke-Westphal (GRÜNE).

Die Vorlage wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD, FWG, FDP und 1 FL
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Dem Beitritt der Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) zur CityBahn GmbH und dem damit verbundenen Abschluss des anliegenden Konsortialvertrages (Anlage 1a) und Gesellschaftsvertrages (Anlage 1b) wird zugestimmt.
2. Die Nutzen-Kosten-Quotienten (NKQ)- Untersuchung für den Streckenabschnitt Bad Schwalbach Bhf. - Schmidtbergplatz wird bei der PTV Group gemäß beigefügtem Angebot (Anlage 2) durch Kostenübernahmeerklärung durch die RTV gegenüber ESWE in Auftrag gegeben.
3. Die Vorplanung für den Streckenabschnitt Kreisgrenze (Eiserne Hand) - Bad Schwalbach wird gemäß beigefügtem Angebot (Anlage 3) bei der Schüßler-Plan durch Kostenübernahmeerklärung durch die RTV gegenüber ESWE in Auftrag gegeben.
4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 30. Oktober 2018 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach abzuschließen, welche die Planungskosten bis zu der Phase 4 (Genehmigungsplanung) zum Inhalt hat.
5. Der Kreisausschuss wird ferner beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen und umzusetzen, damit die Vorplanung auf dem Kreisgebiet den gleichen Verfahrensstand erreicht wie die Vorplanungen in Mainz und Wiesbaden.
Dem Kreistag wird zu jeder Sitzung berichtet.

TOP III. 1.	DS X/653	Bundesfachplanung Ultramet: Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 9 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) für den Abschnitt D Weißenturm-Riedstadt des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath-Philippsburg)
--------------------	---------------------	--

Die TOP III. 1 und III. 17 werden gemeinsam beraten und an dieser Stelle dokumentiert.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Landrat Kilian, Müller, St. (FDP), Weiß (SPD), Gagel (AFD), der die getrennte Abstimmung aller 6 Punkte beantragt, Reineke-Westphal (GRÜNE) bei einer Zwischenfrage des Abg. Gagel (AFD), Müller, A. (FDP) und Reimann (CDU).

KTV Willsch ruft die Stellungnahme und die 6 ergänzenden Punkte, gemäß der EUKA-Empfehlung und inklusive der FDP-Punkte 5 und 6, getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stellungnahme wird einstimmig beschlossen.

Punkt 1 wird bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen

Punkt 2 wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Punkt 3 wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Punkt 4 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 5 wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Punkt 6 wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Rheingau-Taunus-Kreis gibt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme zur Bundesfachplanung Ultramet Abschnitt D ab.

Sie wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit der Trasse, sollte vollständig auf den Bau der Höchstspannungsübertragungsleitung verzichtet werden.
2. Sollte das nicht möglich sein, ist aufgrund der geringeren Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch die linksrheinische Trassenvariante zu realisieren.
3. Sollte das nicht möglich sein, ist eine erdverkabelte Trasse entlang der A 3 zu realisieren (siehe Anlage 6).
4. Sollte das nicht möglich sein, sind die von der Stadt Idstein und den Gemeinden Niedernhausen und Hünstetten vorgeschlagenen kleinräumigen Trassenalternativen zu realisieren.

5. Der Kreistag fordert vom Deutschen Bundestag eine Änderung des Bundesnetzplanes, so dass rechtssicher Teile der Ultraset-Leitung in Erdverkabelung oder bei oberirdischen Anlagen im Abstand von 400 m zur Wohnbebauung ausgeführt werden können.
6. Der Kreistag unterstützt die Stadt Idstein sowie die Gemeinden Niedernhausen und Hünstetten in ihren Bemühungen, im Hinblick auf mögliche negative Beeinflussungen der Anwohner eine verträgliche Lösung im Rahmen des Planverfahrens für die Ultraset-Leitung zu erreichen.

TOP III. 17.	DS X/709	Rechtssicherheit bei Ultraset; hier: Antrag Nr. 31/18 der FDP-Fraktion vom 01.08.2018
---------------------	---------------------	--

Siehe unter TOP III. 1.

TOP III. 6.	DS X/654	Teilrekonstruktion Römerkastell Zugmantel; hier Antrag Nr. 20/18 der AfD-Fraktion vom 22.06.2018
--------------------	---------------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Gagel (AFD), Zehner (CDU), Kluge-Pinsker (GRÜNE), Hoffmann (FDP) mit einem Ergänzungsantrag (**Anlage 16 der Niederschrift**), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Barth (FWG).

KTV Willsch schlägt vor, dem Ergänzungsantrag der FDP die Worte „Darüber hinaus ist“ voranzustellen. Hierzu wird Einvernehmen erzielt. KTV Willsch ruft sodann die EUK-Empfehlung mit der FDP-Ergänzung zur Abstimmung auf.

In dieser Fassung wird der Antrag einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

- Der Kreisausschuss soll prüfen, ob im Untertaunus im Bereich des früheren Römerkastells Zugmantel eine touristische Nutzung zur Verbesserung der Tourismusattraktivität des Untertaunus herbeigeführt werden kann.
- Der Kreisausschuss wird in Zusammenhang mit Punkt 1 gebeten, mit der Stadt Taunusstein in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer touristischen Nutzung zu eruieren und ggf. sich der Machbarkeitsstudie im Zuge des LEADER-Programms anzuschließen. In diesem Sinne sollen auch wirtschaftliche, soziale und bildungsinhaltliche Sekundäreffekte durch eine touristische Nutzung im Untertaunus betrachtet werden.
- Darüber hinaus ist im Rahmen der Leaderprogramme auch für andere historische Standorte, die den Limes im RTK kennzeichnen, ein Konzept zur Steigerung der Tourismusattraktivität zu entwickeln.

TOP III. 7.	DS X/680	Sozialer Wohnungsbau; hier: Antrag Nr. 21/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 17.07.2018, eingegangen am 23.07.2018
--------------------	---------------------	--

Die Anträge zu den TOP III. 7 und III. 16 werden gemeinsam beraten und hier dokumentiert.

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vor (**Anlage 17 der Niederschrift**).

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS, Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Reineke-Westphal (GRÜNE), Zehner (CDU), Linke-Diefenbach (FDP), Mahr (SPD), Heimer (LINKE), Flor (AFD), Rossow (FWG), Pörtner (LINKE), Barth (FWG), Hoffmann (FDP) und Gagel (AFD).

KTV Willsch lässt sodann über die Anträge einzeln abstimmen.

Der Antrag der LINKEN-Fraktion, TOP III. 16 der Tagesordnung, wird bei 2 JA-Stimmen der LINKEN-Fraktion, Enthaltungen der GRÜNEN-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und CDU, **Anlage 17**, wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und Enthaltungen der LINKEN **mehrheitlich beschlossen**.

Der Antrag der GRÜNEN-Fraktion, TOP III. 7 der Tagesordnung, wird bei JA-Stimmen aus der GRÜNEN-Fraktion und Enthaltungen der LINKEN-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird, in Abstimmung mit der KWB, beauftragt, eine Analyse des Ist-Zustands sowie der zukünftigen Bedarfsentwicklung von sozialem Wohnraum im Rheingau-Taunus-Kreis, unter Einbeziehung vorliegender Datenerhebungen wie der Liste der Wohnungssuchenden oder der Zahl und Dauer der Belegungsbindungen und der Erhebungen zur Fehlbelegungsabgabe sowie statistischer Prognosedaten, und ebenso unter Einbeziehung der vom Kreistag beschlossenen Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums durchzuführen und auf dieser Grundlage durch Mittel des Landes, des Bundes und der EU förderfähige Projekte für einen bedarfsgerechten sozialen Wohnungsbau in allen 17 Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises zu entwickeln.
2. Als Einstieg sollte die Beschäftigung mit den Grundlagen eines Wohnraumversorgungskonzeptes dienen. Es ist dem Kreistag darzulegen, ob die Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes ein sinnvolles Instrument der Kreisentwicklung sein kann.
3. Der Kreisausschuss wird gebeten, in Abstimmung mit der KWB zu prüfen, ob die KWB bei den vorhandenen Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung eine Verlängerung der Bindung auf die maximale Laufzeit sinnvoll einführen könnte.
4. Die Ergebnisse sind dem Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises vorzulegen.

TOP III. 16.	DS X/705	Beseitigung des Sozialwohnungsmangels; hier: Antrag Nr. 30/18 der Fraktion DIE LINKE vom 31.07.2018, eingegangen am 01.08.2018
---------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 8.	DS X/690	Altersbestimmung UmA; hier: Antrag Nr. 22/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018
--------------------	---------------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS, KB Merkert, Fachinger (AFD), Stolz (CDU), Reichbauer (GRÜNE), Penk (SPD), Landrat Kilian, Rossow (FWG), Pörtner (LINKE) und Müller, St. (FDP).

Der Antrag wird zur Klärung weiterer Fachfragen mit 29 JA-Stimmen und 23 NEIN-Stimmen zur erneuten Beratung an den JUBIS verwiesen und somit für die aktuelle Sitzung des Kreistages vertagt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 9.	DS X/691	Kreistags-TV; hier: Antrag Nr. 24/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018
--------------------	---------------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reichbauer (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Mayer (AFD), KTV Willsch, der von Erfahrungen anderer Landkreise berichtet, Lieber (GRÜNE), Landrat Kilian, der insbesondere rechtliche Bedenken geltend macht, Klein (FL), Mahr (SPD), Gagel (AFD) und Rossow (FWG).

KTV Willsch ruft die Beschlussempfehlung des HFA, Ablehnung des Antrages, zur Abstimmung auf. Diese Beschlussempfehlung wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD und 1 FDP und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 10.	DS X/692	Vollsperrungen im RTK; hier Antrag Nr. 23/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018
---------------------	---------------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA und Mayer (AFD), der darum bittet, in Satz 1 nach dem Wort „Kreisausschuss“ die Worte „und den Landrat als Straßenverkehrsbehörde“ einzufügen. Hierzu besteht Einvernehmen.

Der Antrag wird sodann bei Enthaltungen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss und den Landrat als Straßenverkehrsbehörde zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, die Belastung der Bevölkerung im Rheingau-Taunus-Kreis bei erforderlichen Straßenbaumaßnahmen zu verringern.

Konkret stellen Dauer-Vollsperrungen von Kreis-/Landes-/Bundesstraßen über längere Zeiträume insbesondere für die örtliche Bevölkerung eine große Belastung dar, wenn die Umleitung die Fahrstrecke wesentlich verlängert oder der Umleitungsverkehr innerorts zu erhöhten Belastung von Anwohnern beiträgt.

Als Beispiele seien genannt: Die aktuelle Vollsperrung in Presberg, Vollsperrungen auf der B54 im Bereich Aarbergen, auf der B417 im Bereich Hünstetten, Kreisstrassen Kiedrich-Hausen, Bärstadt-Hausen, Ortsdurchfahrt Taunusstein-Wehen.

TOP III. 18.	DS X/710	Sanierungskonzept für die Kreisstrassen; hier: Antrag Nr. 32/18 der FDP-Fraktion vom 01.08.2018
---------------------	---------------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Reichbauer (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Müller, St. (FDP), Gagel (AFD), der zunächst eine Ergänzung beantragt, diese aber im Laufe der Beratungen zurückzieht, Busch (SPD), Mosler (CDU) und Rossow (FWG).

Die HFA-Empfehlung wird sodann bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Dem Kreistag ist bis zur Einbringung des Haushaltsentwurfes für 2019 ein Sanierungskonzept für die Kreisstraßen mit einem Zielhorizont von 10 Jahren vorzulegen, um die Kreisstraßen im Rheingau-Taunus-Kreis in einen guten bzw. sehr guten Zustand zu versetzen und anschließend auch entsprechend zu erhalten.

2. Erstes Ziel des Sanierungskonzepts ist es, alle Kreisstraßen, die im Straßenzustandsbericht

des Rheingau-Taunus-Kreises als dringend sanierungsbedürftig eingestuft werden, kurzfristig zu sanieren und zumindest in einen guten Zustand zu versetzen.

3. Weiteres Ziel ist es, mit dem Sanierungskonzept zu verhindern, dass Straßen zukünftig in einen Zustand geraten, der als dringend sanierungsbedürftig zu bezeichnen ist. Hierzu sollen entsprechend frühzeitig Sanierungs- Instandhaltungsmaßnahmen vorgesehen und geplant werden.

4. Schließlich ist dieser gute bzw. sehr gute Zustand der Kreisstraßen durch Bereitstellung von Mitteln jedenfalls in Höhe der jährlichen Abschreibungen dauerhaft zu erhalten.

5. Eventuell erforderliche höhere Mittel sind entsprechend des Sanierungskonzepts im Haushaltsentwurf 2019 einzuplanen.

6. In dem Konzept soll der geschätzte Sanierungsmittelbedarf der sanierungsbedürftigen Kreisstraßen beziffert und Auskunft über die zur Sanierung notwendigen Zuschüsse gegeben werden.

7. Ferner soll dargestellt werden, wie die mit dringend sanierungsbedürftig eingestuften Kreisstraßen beschleunigt realisiert werden können.

8. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Mittel im Rahmen des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz angesichts des steigenden Bedarfs auf 200 Mio. Euro zu verdoppeln und den Eigenanteil der finanzschwachen Kommunen zu begrenzen.

9. Es wird jährlich im Fachausschuss EUKA berichtet.

TOP II. 15.	DS X/673	Kostenbeiträge für Schulschwimmen; hier Berichts Antrag Nr. 04/18 der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.02.2018; hier: Stellungnahme der Verwaltung
--------------------	---------------------	---

Abstimmungsergebnis: **Vertagt**

TOP III. 11.	DS X/694	Schulschwimmen stärker fördern. Beiträge kostendeckend gestalten; hier: Antrag Nr. 25/18 der SPD-Fraktion vom 26.07.2018, eingegangen am 30.07.2018
---------------------	---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP II. 22.	DS	Linksextremismus im RTK; hier: Berichts Antrag Nr. 18/18 der
--------------------	-----------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 5. DS Erhalt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
X/412 beim Landeswohlfahrtsverband Hessen; hier Nr. 21/17 der
Fraktion Die LINKE vom 14.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP III. 12. DS Tempo 30 nachts auf der B260 in Eltville-Martinsthal: hier:
X/695 Antrag Nr. 26/18 der SPD-Fraktion vom 30.07.2018**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP III. 13. DS Sanierungsmaßnahmen der L3272 Presberg; hier Antrag Nr.
X/696 27/18 der SPD-Fraktion vom 30.07.2018**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

KTV Willsch schließt die Sitzung um 20.07 Uhr und dankt allen Teilnehmern für die konstruktive Beratung.

Bad Schwalbach, 29. August 2018

(Klaus-Peter Willsch)
Kreistagsvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer